

# Die Probe aufs Exempel – der „Neuenhagener Weg“ auf dem Prüfstand

- Gedanken nach der Fredersdorfer Gemeindevertreter-Sitzung vom 26.03.09 -



26.03.09: Fredersdorfer  
Gemeindevertretung in der  
Begegnungsstätte



26.03.09: Gespräch mit  
Gemeindevertreter Gert Dischler

Von Billy Six im März 2009

„*Es hat schon alles seinen Grund*“, sagte mir der Neuenhagener Hauptamtsleiter Jens Schubert im Vorfeld der ersten Gemeindevertreter Sitzung nach der 2008er Kommunalwahl, schließlich wolle man keine „*Fredersdorfer Verhältnisse*“ in einem der größten Dörfer Deutschlands. In der Tat sorgt das professionelle Vorgehen des Herrn Schubert dafür, dass Verwaltung und Gemeindeparlament stringent, zielgerichtet und juristisch korrekt arbeiten. Dass in Neuenhagen eine Kommunalwahl vergeigt wird, wie es 1998 im Nachbarort geschah, erscheint unwahrscheinlich.

Dennoch hat mich die Sitzung unserer Fredersdorfer Kollegen am 26. März nachdenklich gemacht: Allein, dass mit 40 Zuschauern doppelt so viele Gäste anwesend sind wie sonst bei uns im Ratssaal, fällt sofort ins Auge – bemerkenswert angesichts der Tatsache, dass die Gemeinde Neuenhagen viel mehr Einwohner hat als Fredersdorf-Vogelsdorf. Und die Bürger sind nicht einfach so gekommen: In beeindruckender Weise ergreifen sie das Wort, um in sachlicher, aber bestimmter Weise mit dem Bürgermeister, der Verwaltung und den Abgeordneten zu diskutieren. Es

geht vor allem um den Straßenausbau, aber auch um die allgemeine Verwendung von Finanzmitteln im Rahmen des neuen Haushalts. Der GVT-Vorsitzende Dr. Siegfried Völter bedankt sich sogar für jeden Redebeitrag. Dies, aber auch die gemütliche Stimmung bei Bier und Rotkohl-Mahl in der urigen Begegnungsstätte, scheint für freie Einwohner anziehender zu sein, als ein perfekt inszeniertes Politspektakel mit vorgefertigtem Drehbuch.

In Neuenhagen sind spontane Fragen von Bürgern aus dem Publikum zumindest in den letzten Sitzungen nicht gestattet worden. Eine Diskussion fand nicht statt. Warum eigentlich? Damit man die „*erforderliche Recherche*“ für die Befragten aus der Verwaltung gewährleisten könne, so Jens Schubert, sei ein schriftlicher Antrag vonnöten. Hier liegt ein Knackpunkt: Natürlich hat unser Hauptamtsleiter recht, dass nur so eine juristisch wasserdichte Antwort gezimmert werden kann, die dann auch gleich verlesen wird. Allerdings wird der bedeutendste Akteur ausgeklammert: Die Gemeindevertreter. Wieso soll denn im Rahmen einer Debatte, in der letztlich auch die Entscheidungen für unsere 16.612 Einwohner fallen, nicht auch ein unverhoffter Beitrag aus der Bevölkerung ans Licht bringen, ob sich die **Entscheider** ihrer Sache wirklich sicher sind, oder schlicht danach handeln, was von ihnen erwartet wird? Ein derartiges Vorgehen würde die Sitzungen meines Erachtens nach spannender und damit für die Öffentlichkeit attraktiver machen.

Die Kommune bietet einen theoretischen Vorteil, welcher auf keiner anderen politischen Ebene zur Verfügung steht: Die umfassende direkte Beteiligung der Bürger. Gelingt es, die Einwohner in Entscheidungsprozesse einzubinden, fühlen sie sich in ihrer Heimat noch wohler und haben ein gestärktes Vertrauen in ihre kommunalen Institutionen. Bei unserem „*Neuenhagener Weg*“ kommen mir allerdings leise Zweifel. Man muss ja nun nicht gleich die Beschlussvorlagen für die Gäste ausdrucken, wie das im Nachbarort der Fall ist. Aber eine kurze Zusammenfassung der Hintergründe und ein einfach zu verstehender Bericht in den kostenlosen Zeitungen der hiesigen Haushalte – das könnte doch zumindest drin sein, oder?

So ließe sich nebenbei auch das lokale Medienmonopol des „*Neuenhagener Echos*“ durchbrechen, das sich ganz offensichtlich hervorragend dem „*Neuenhagener Weg*“ angepasst hat: Während Chefredakteurin Irina Voigt auf Seite 2 der letzten Ausgabe darüber berichtet, wie in einem Lokal zwei Mäntel vertauscht wurden, stellt sie fest, dass die Vorkommnisse in der Neuenhagener CDU „*für die Bürger*

*nicht interessant*“ wären – und überlässt diese Arbeit stattdessen dem RBB und der „Berliner Zeitung“.

Ergo: Es braucht keinen Rathauspalast, um Bürgern der Kommune ein Heimatgefühl zu vermitteln. Und eine juristisch aalglatte Durchführung von Entscheidungsprozessen mag zwar alles vor dem Gesetz richtig erscheinen lassen – in den Augen der Bürger muss dieses aber noch lange nicht der Fall sein.